

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur *Emmy Michler*,
Wien I. Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

25. Jahrgang. Wien, Freitag, 11. Juli 1919. Nr. 287.

Maisgriess für Mindestbemittelte. Die Besitzer der rosa farbigen Einkaufscheine für Wohlfahrtsfleisch erhalten in der 109. Fürsorgeweche pro Person des Haushaltes 1/8 kg Maisgriess zum Preis von 64 Hellern gegen Abtrennung des Abschnittes 23 in den Geschäften der Grossschlächtereien an folgenden Tagen: Montag 14. A bis F, Mittwoch, 16. G bis K, Donnerstag, 17. L bis R und Samstag, 19. d.M. S bis Z. Die Einreichung der Besitzer der rosafarbenen Einkaufscheine für Wohlfahrtsfleisch in die allgemeine Rindfleischabgabe ist derzeit noch nicht durchführbar. Bessere Zufuhren an Pferdefleisch erlauben aber die bezirksweise Abgabe von 10 kg Wohlfahrtsfleisch für jede Person des Haushaltes zum Preise von 1 Krone. Mit dieser Fleischabgabe wird in der 109. Fürsorgeweche im 10. und 4. Bezirk für die bei den Ständen Eugenplatz, Quellenstrasse, Kolumbusplatz im 10. Bezirk und Phorushalle, Naschmarkt im 4. Bezirk rayonierten Besitzer der rosafarbenen WEinkaufscheine begonnen werden. Abgetrennt wird der links oben befindliche durch eine Rosette gekennzeichnete Abschnitt des rosafarbenen Einkaufscheines. Die Abgabetermine sind dieselben, wie für Maisgriess. An die Ausspeisungen, offenen Kriegsküchen und Wohlfahrtsinstitute wird in der 116. Fürsorgeweche für jede Person 1/8 kg Maisgriess (zum Preise von K 5.20 per kg) abgegeben werden.

2. Ausgabe.

25. Jahrgang. Wien, Freitag, 11. Juli 1919. Nr. 288.

Der neue Marktamtsdirektor. Der bisherige Direktor des städtischen Marktamtes Adolf Bauer hat gestern dem neuernannten Marktamtsdirektor Anton Winkler die Geschäfte übergeben. Der neue Marktamtsdirektor steht im 50. Lebensjahre und entstammt einer alten Wiener Familie. Nach Absolvierung der Mittelschule und der Wiener Handelsakademie arbeitete Winkler im Laboratorium für Warenkunde und chemische Technologie an dieser Anstalt. Im Jahre 1892 trat Winkler in den Dienst des Wiener Marktamtes und wurde schon mit jungen Jahren mit leitenden Stellen im Amte betraut. Nach 12-jähriger Leitung des Zentralviehmarktes wurde der neue Marktamtsdirektor zum Leiter der Marktamtsabteilung für den 2. Bezirk berufen. Nach 5-jähriger Tätigkeit auf diesem Posten wurde er zur Mitwirkung an der Führung der Geschäfte der Marktamtsdirektion berufen. Mit der nunmehr erfolgten Ernennung zum Chef des Wiener Marktamtes wurde Winkler auf jene Position gestellt, die ihm schon seit Jahren vorgezeichnet war. Er erscheint berufen, die Organisation des Wiener Marktwesens und die Überwachung des Lebensmittelverkehrs in neue Bahnen zu leiten. Marktamtsdirektor Winkler erfreut sich infolge seines entgegenkommenden, dabei aber streng objektiven Wesens allgemeiner Wertschätzung und die Beamtenschaft des Marktamtes hat seine Ernennung besonders begrüsst.

Vom Bürger- und Ständerat. Landeshauptmann - Stellvertreter Steiner als Präsident des deutschösterreichischen Bürger- und Ständerates, sowie die Vorstandsmitglieder Nationalrat Heini, Nationalrat Friedmann und Stadtrat Vaugoin sprachen heute beim Bürgermeister Reumann vor und stellten auf Grund eines Beschlusses des Bürger- und Ständerates Wiens das Ersuchen zu den ambulanten Wohnungskommissionen nebst den Arbeiterräten auch die Vertreter des Bürger- und Ständerates beizuziehen. BGM. Reumann ersuchte um Nominierung der betreffenden Bürger- und Ständeräte, bei welcher Gelegenheit Landeshauptmann - Stellvertreter Steiner darauf aufmerksam machte, dass der Bürger- und Ständerat keinerlei Kampfgewalt darstelle,

sondern die Absicht habe, mit den Behörden an der Aufrechterhaltung der Ruhe und der Fortentwicklung der Stadt und des Staates mitzuwirken.

Eine Ausländerdebatte im Stadtrat. Stadtrat Dr. Fritz Winter berichtete heute über einen Antrag des Gemeinderates Retter auf Zählung der von den Ausländern in Wien bewohnten Wohnungen. Der Magistrat bezeichnete die Durchführung dieses Antrages gegenwärtig als undurchführbar, weil die gesetzlichen Handhaben und die technischen Möglichkeiten zur Durchführung einer solchen Zählung nicht gegeben seien. Der Antragsteller GR. Retter, welcher der Sitzung beiwohnte, regte an, die Zählung dieser Wohnungen durch die Brotkommissionen vornehmen zu lassen und betonte, dass durch die Rückkehr der Kriegsgefangenen, die bereits in kurzer Zeit in grösseren Kasernen einsetzten werde, die Freimachung von Wohnungen unbedingt notwendig werde. STR. Rummelhardt stellte fest, dass diejenigen Ausländer, welche in Wien einen moralischen und ehrlichen Erwerb nachgehen, nicht den geringsten Anlass zu einer Befürchtung zu haben brauchen, da der Sinn des Antrages nur gegen jene gerichtet sei, welche durch verschiedene dunkle Geschäfte der Wiener Bevölkerung lästig geworden sind. BGM. Reumann teilte mit, dass in der nächsten Zeit eine Besprechung der staatlichen Behörden und aller mit dieser Frage beschäftigten Faktoren stattfinden werde, die sich mit der Überfüllung Wiens durch die Fremden befassen werde. Bei dieser Gelegenheit könne auch die im Antrage des GR. Retter gegebene Anregung berücksichtigt werden. STR. Sirotek gab der Befürchtung Ausdruck, dass sich der Antrag auch gegen jene Ausländer richte, welche durch Jahrzehnte bereits in Wien ansässig sind und ein Anrecht auf die Sässhaftigkeit erworben haben. STR. Vaugoin stellte fest, dass die Flüchtlinge in Wien auch von den staatlichen Behörden und sogar von sozialdemokratischen Regierungsmitgliedern des öfteren schwer empfunden wurde. STR. Dr. Scheu wies darauf hin, dass erst vor wenigen Tagen eine Verordnung erschienen sei, der zufolge der Gemeinde das Recht zusteht, allen jenen Ausländern, welche seit dem Jahre 1914 wegen irgend eines gewandlungsrechtlichen Verstoßes bestraft wurden, die Wohnung zu beschlagnahmen, wodurch dem Antrage des GR. Retter in der Hauptsache bereits entsprochen worden sei. STR. Körber stellte fest, dass die Anwesenheit so vieler Ausländer in Wien dem Staate Deutschösterreich überaus grosse Kosten verursache, da auch die Ausländer in Genuss aller Begünstigungen stehen, die der Staat beim Bezug von Lebensmitteln, hauptsächlich Brot gewährt. Nach einem Schlusswort des Referenten wurde der Antrag auf Kenntnisnahme des Magistratsberichtes angenommen.

Weinpreiserhöhung im Rathauskeller. Ab Sonntag, 13. d.M. gelten im Rathauskeller folgende Schaankpreise: Heuriger 10 K, Alter 14 K, Rotwein 14 K, Gumpoldskirchner, bzw. Grinzinger Heuriger 14 K. pro Liter.

Wiener Gemeinderat

Sitzung am 11. Juli 1919.

Vorsitzender BGM. Reumann gibt bekannt, dass Anton Till letztwillig 2000 Kronen für Arme des 14. Bezirkes gespendet hat.

BGM. Reumann teilt einen Bericht der Strassenbahndirektion über die Frequenz seit Einführung der Fahrpreiserhöhungen mit. Angaben über die Fahrgastbeförderung liegen bis jetzt nur für die Zeit vom 11. Juni bis 30. Juni vor, so dass also für die Beurteilung diese 15 Tage in Betracht kommen. Die Zahl der auf Einzelfahrscheine beförderten Fahrgäste an den Werktagen des genannten Zeitraumes weist gegen die gleiche Zeit des Vorjahres einen Rückgang von 13,9 % auf. Der Berechnung lag ein Rückgang von 8 % der Gesamtfrequenz zugrunde. 7 % wurden weiters für den Übergang von Fahrgästen auf die Stadtbahn vorgesehen. In den Ergebnissen dieser 15 Tage kommt der Einfluss der Vorverkaufscheine und der Zeitkarten nicht in Betracht. Bei den Vorverkaufscheinen wird, insbesondere wegen der

billigen Rückfahrkarte eine voraussichtlich eine Zunahme erfolgen, bei den Zeitkarten und zwar bei den Streckenkarten, wird eine Zunahme erfolgen, wie sich dies schon bei der Ausgabe im Juli ergibt, die für die Streckenkarten eine Steigerung von 34 % aufweist. Das Gesamtergebnis der Frequenz lässt sich heute noch nicht beurteilen und wird ein halbwegs brauchbarer Überblick erst nach Durchrechnung des Juliergebnisses möglich sein. Gegenüber den Bemerkungen über einen angeblich auffälligen Rückgang in der Besetzung der Wagen, ist zu beachten, dass seit 11. Juli eine insofern nicht geringe Verdichtung des Verkehrs durchgeführt wurde und dass sich auch das Schwarzfahren verändert hat. Die Sommermonate zeigen übrigens jedes Jahr einen Rückgang der Frequenz, und es lässt sich unter den derzeit herrschenden Erwerbsverhältnissen nicht beurteilen, ob eine Verminderung der Frequenz nicht auch ohne Tarifserhöhung eingetreten wäre. Über das finanzielle Ergebnis der Tarifregelung lässt sich wegen der kurzen Zeit ihrer Geltung kein massgebendes Urteil abgeben. Ich bitte vorläufig dies zur Kenntnis zu nehmen, einen ausführlichen Bericht werde ich erstatten, wenn im Juli der endgültige Abschluss erfolgt ist. Die Frequenz selbst macht merkwürdige Sprünge, wir haben Tage, wo 370 bis 380.000 Abgänge sind, während einzelne Tage wieder nur 100.000, ja an einem nur 40.000 Karten weniger ausgegeben werden. Es ist also über die wirkliche Abnahme der Frequenz erst dann ein klares Bild möglich, wenn ein grösserer Zeitraum verstrichen ist.

BGM. Reumann erstattet einen ausführlichen Bericht über die amerikanische Adressaktion, der mit der Feststellung schliesst, dass heutebereits 103.428 Portionen täglich verabreicht werden, also mehr, als die ursprünglich in Aussicht genommene Zahl von 100.000 Mahlzeiten. Der Bürgermeister schloss mit den Worten: Ich glaube, dass wir alle *Wir sind jetzt mit dieser großzügigen amerikanischen Aktion zu frohen.*

Auf eine Anfrage des GR. Huber aus der letzten Sitzung, betreffend die Kontrolle der Frühkartoffelabgabe bei einigen Geschäftleuten in Rudolfsheim durch den Arbeiterrat bringt der Bürgermeister eine Aeusserung des Marktamtes zur Kenntnis und bemerkt hierzu, dass aus dieser Aeusserung zu entnehmen sei, wie verrottet die Verhältnisse im Marktamte seien und welche Gründe zum Einschreiten des Arbeiterrates geführt haben. Am 24. Juni teilte die Firma Josef Vidoni mit, dass 1600 kg heurige Kartoffel italienischer Herkunft eingelangt seien und ersuchte gleichzeitig um Festsetzung des Detailverkaufspreises, sowie um Bekanntgabe, ob die Kartoffel ohne Kartons abgegeben werden können. Die auf Grund dieser Anmeldung gepflogenen Erhebungen ergaben, dass der Binnender der Kartoffeln die Firma Johann Schifferdecker in Innsbruck war. Die Sendung war an die Firma Wild, Wien I. adressiert, die sie auf 6 Firmen aufteilte. Die Firma Gabler, die zweite in Rudolfsheim, die von dieser Kartoffelabgabe bekam, teilte die erste Sendung unter die eigenen 44 Angestellten auf. Der Verkaufspreis wurde mit 4 K pro kg festgesetzt. Die Marktamtsabteilung XIV hat es im Interesse der Verbraucher gelegen, für gut befunden, die Kartoffel ohne Kartons abgeben zu lassen, von der Erwägung ausgehend, dass der heurige Kartoffel was den Nährwert betrifft, überwertiger ist und sich auch zur Verarbeitung für Mehlspeisen obwohl nicht eignet, daher lediglich als Leckerbissen zu betrachten wäre. (BGM. Reumann bemerkt hierzu: Wenn ein Marktamtsangestellter eine solche Aeusserung tut, so kann man wohl sagen, dass die Bevölkerung provoziert wird.) Mit dem Verkauf wurde sofort begonnen. Am 7. Juli erhielt die Marktamtsabteilung XIV seitens des Bezirkswirtschaftsamtes die telegraphische Meldung betreffend den Verkehr mit Frühkartoffeln. Da eine Sendung bereits in Verkauf war, konnte die angeordnete Beschlagnahme nicht mehr durchgeführt werden, die zweite etwas später eingelangte Sendung wurde jedoch beschlagnahmt. Beide Firmen erklärten, dass der Arbeiterrat den Verkauf wünsche und sie nicht wüssten, was sie tun sollten.

Milchversorgungsstelle

In der Sitzung der Milchversorgungsstelle vom 10. Juli 1919 machte der Leiter (Mag. Sekr. Dr. Natter) die Mitteilung, daß die Milchlieferungen nach Wien derart gestiegen sind, daß nunmehr eine fast volle Versorgung der Kinder bis zu 1 Jahre und der Kranken mit Frischmilch möglich sei.

Sodan gab der Leiter dem Beiräte die von der Milchversorgungsstelle zur Hebung der Anlieferungen sowie zur Beseitigung der Schwierigkeiten bei der Milchverteilung eingeleiteten Schritte bekannt.

Schließlich wurden die von der Landwirtschaftskommission in der Sitzung vom 3. Juni 1919 in Vorschlag gebrachten Mittel zur Bekämpfung des Schleichhandels (absolute Untersagung jeglichen Rucksackverkehrs mit Milch sowie Verbot der Verabreichung von Milchgetränken in den Volkskaffees) einer eingehenden Erörterung unterzogen.

Hiebei wurde seitens der einzelnen Mitglieder für den erstgenannten Punkt (absolutes Verbot des Rucksackverkehrs mit Milch)

mit aller Energie ergetreten, dagegen die Erlassung eines Verbotes der Verabreichung von Milchgetränken in Volkskaffees fast einstimmig abgelehnt.

Darauf wurde den Firmen bedeutet, den etwa erscheinenden Arbeiterrat zu ersuchen, vorerst mit dem Marktante das Einvernehmen zu pflegen. Auf die Vorlesung der telegraphischen Meldung des Bezirkswirtschaftsamt erklärte der Arbeiterrat sich ausserhalb des Gesetzes zu stellen und auf dem Verkauf der Kartoffeln bestehen zu lassen, unsondlich, als er bereits 1600 Stück Blockkarten an die Verbraucher zum Bezuge der Kartoffeln abgegeben habe und der Verkauf über seine Anordnung sofort beginne. Wie erhoben wurde, geht der Verkauf durch den Arbeiterrat ohne Kartenzwang vor sich. Abgegeben werden pro Kopf 1/2 kg gegen Abstempelung des Einkaufscheines, die nicht befriedigten angestellten Personen erhielten vom Arbeiterrat grüne Blockzettel, um bei der nächsten Kartoffelabgabe vor den übrigen Käufern berücksichtigt zu werden. Die Abstempelung erfolgt durch den Arbeiterrat durch Aufdruck fortlaufender Nummern. Die Kartoffelverkäufe wurden auch heute in der angegebenen Weise durch den Arbeiterrat durchgeführt. (BGM. Reumann bemerkt hierzu: Aus diesem Berichte sehen Sie selbst, dass die Ereignisse durch die Handlungen des Marktantes provoziert wurden. Ich werde darauf dringen, dass solche Dinge nicht mehr vorkommen. Wenn im Sinne des Gesetzes gehandelt wird, wird sich der Arbeiterrat nicht zu ähnlichen Handlungen hinreissen lassen müssen.)

Schriftführer GR. Huber verliest den Einlauf.

GR. Skaret weist in einer Interpellation darauf hin, dass während der Friedensverhandlungen immer wieder Stimmen laut wurden, dass sich die Länder auf den Standpunkt stellen, ihre Naturschätze, wie Holz und Salz der Entente als Kompensations- oder Pfandobjekte zur Deckung ihrer Bedürfnisse, nicht aber für die Beschaffung von Lebensmitteln für Wien angeboten werden dürfen, und fragt, ob der Bürgermeister geneigt ist, seine Haltung gegenüber diesem Egoismus der Länder, der einer offenen Feindseligkeit gegen Wien gleichkommt, zu kennzeichnen.

Bgm. Reumann erwidert: Die Gemeindevvertretung Wien kann entgegen dieser Haltung der Länder nur aussprechen, dass das Vermögen des ganzen Staatsgebietes beansprucht werden muss. Wenn die Länder, auf den entgegengesetzten Standpunkt stehend, verlangen sollten, dass ihre Naturschätze, zum Beispiel Holz, Salz, Wasserkräfte, nur für ihre Bedürfnisse verwendet werden dürfen, dann müsste sich die Gemeinde Wien auf den gleichen Standpunkt stellen, und verlangen, dass die in Wien befindlichen Reichtümer - an erster Linie die in den Wiener Banken hinterlegten Wertpapiere - ausschliesslich für die Versorgung in Wien verwendet werden. Ebenso könnte die Gemeinde Wien nicht zustimmen, dass die in Wien aufgetragene Vermögensabgabe, die unzweifelhaft mehr als die Hälfte, vielleicht sogar 2 Drittel der gesamten Vermögensabgabe Deutsch-Oesterreichs ausmachen wird, für Zwecke des Gesamtstaates verwendet würde. Wenn die Länder verlangen, dass die Vermögensabgabe in ihrer Verwahrung bleibt, und der Verfügung der Staatsregierung entzogen wird, kann Wien das gleiche fordern. Ich glaube, dass diese kurze Erklärung genügt, um die Länder aufmerksam zu machen, dass sie keinesfalls ganz unabhängig von Wien sind. (Lebhafte Zustimmung).

GR. Simon weist auf die schlechte Beschaffenheit der Wasserbehälter am Zentralfriedhof in Simmering hin und fragt, ob der Bürgermeister veranlassen wolle, dass die Behälter und Wasserausläufer wieder gebrauchsfähig gemacht und auch vermehrt werden.

BGM. Reumann: Die Schuld an den schlechten Zuständen der Bottichen und Wasserzuleite trägt der Mangel an den erforderlichen Stoffen. Das Wasserleitungspersonal tut sein Möglichstes, um zu Tage getretene Schäden nach Tunlichkeit zu beheben. An eine durchgreifende Wiederherstellung der Leitungsanlagen kann erst dann gegangen werden, wenn das erforderliche Material zu erträglichen Bedingungen erhältlich sein wird.

GR. Schleifer bringt Klagen der Geschäftsleute bezüglich der Zuweisungen durch die städtischen Abgabestellen für Lebensmittel zur Kenntnis und fragt, ob der Bürgermeister bekannt geben wolle, nach welchen Grundsätzen bei der Zuweisung vorgegangen wird und ob er eine Überprüfung der

Art der Zuweisung der städtischen Abgabestellen an die Geschäftsleute vornehmen wolle.

BGM. Reumann: Die Vergebung der städtischen Mehlabgabestellen erfolgte seinerzeit anlässlich der Mehlayonierung im Einvernehmen mit den beteiligten Genossenschaften, Marktanteabteilungen und Bezirksvertretungen. Bei der Schaffung von neuen Abgabestellen geht der Magistrat von dem Grundsatz der Eignung eines Geschäftlokales und der örtlichen Lage im Brotkommissionssprengel vor. Diese Gesichtspunkte finden auch bei der Verteilung von Fett, Butter und Marmelade Anwendung. Eigene städtische Zuckerverschleissstellen bestehen nicht. Die freie Zuckerrayonierung ist der deutschösterreichischen Zuckergstelle angegliedert, welche die Abgabe des Zuckers und die Kontrolle allein durchführt. Was die Überprüfung der Vergebung der Abgabestellen anlangt, werde ich einen Bericht des Magistrates mit Erstattung von Vorschlägen für künftige Vergabungen verlangen.

GR. Karl Schmid teilt mit, dass im Gebiete der Kahlenberger Eisenbahngesellschaft für eine private Bautischlerei eine grosszügige Holzfällung vorgenommen werden soll und fragt, ob der Bürgermeister veranlassen wolle, dass eine amtliche Kommission das Höchstmass der zulässigen Abholzung bestimme.

BGM. Reumann: Die Erhebung ergibt, dass die Absicht besteht im Gebiete der Kahlenbergbau Holzschlägerungen vorzunehmen. Diesbezüglich ist bereits ein Dienststück beim Bezirksamt 19 anhängig, damit die öffentlichen Rücksichten im Falle einer Abholzung gewahrt bleiben. Ich werde mir über diese Angelegenheit ausführlichen Bericht erstatten lassen und das Notwendige zum Schutz des Wald- und Wiesengürtels zu veranlassen.

GR. Marie Kramer weist darauf hin, dass die Volksschule in 6. Bezirk Gragasse seit 4 Monaten vollständig leer steht und dass die Kinder dieser Schule in die Schule Sonnenuhrgasse gehen müssen, welche von 8 Uhr früh bis 9 Uhr abends von zahlreichen Parteien frequentiert wird, da dieses Schulgebäude für zahlreiche andere als Schulzwecke Verwendung findet und fragt, ob der Bürgermeister veranlassen wolle, dass die Instandsetzungsarbeiten in der Schule in der Gragasse unverzüglich in Angriff genommen werden.

BGM. Reumann: Die Volksschule in der Gragasse besteht aus zwei Teilen und wurde der zweite Teil am 22. Mai 1919 von der Militärverwaltung der Gemeinde zurückgestellt. Die Vorlage zur Genehmigung und Vergebung der Instandsetzungsarbeiten im Betrage von 187.000 Kronen wird demnächst dem Stadtrat beschickt. Die Benützung der Schule nach den Hauptferien ist sichergestellt.

GR. Jorda fragt den Bürgermeister, ob er geneigt ist, die erforderliche Aufträge für Wiederinstandsetzung des Schulgebäudes XIII-Bezirk, Reind- und Gurkgasse zu erteilen und zu veranlassen, dass diese Arbeiten rasch durchgeführt, dass das Gebäude mit Beginn des nächsten Schuljahres wieder für Schulzwecke benützbar wird.

Bgm. Reumann: Die Schule wurde in zwei Teilen von der Heeresverwaltung übernommen und sofort nach der Übernahme die Aufnahme der notwendigen Instandsetzungsarbeiten durchgeführt. Die Anbotsverhandlung ist bereits für den 21. ds. Mts. ausgeschrieben, so dass die Benützung zu Beginn des nächsten Schuljahres voraussichtlich noch rechtzeitig möglich sein wird.

GR. Psehaska verweist in einer Anfrage darauf, dass das militär-geographische Institut für ein Privatunternehmen die Ausarbeitung von Lagerplänen für einen Teil des Lainzer Tiergartens gegen Entgelt übernehmen hat, wobei bedauerlicherweise das Stadtbauamt eine bisher ungeklärte Vermittlerrolle gespielt hat. Da zufolge gesetzlicher Bestimmungen einzig und allein Ziviltechniker berechtigt sind derartige Arbeiten gegen Entgelt auszuführen, wird gefragt, was der Bürgermeister vorzuziehen gedenkt, um derartige Uebergriffe, welche die vorgenannte Gruppe geistiger Arbeiter auf das Empfänglichste schädigen, abzustellen und in Zukunft zu verhindern.

Bgm. Reumann: Ueber die Herstellung eines Lageplanes für einen Teil des Lainzer Tiergartens ist dem Stadtbauamt in letzter Zeit bekannt geworden, dass das bestandene Oberleithofmeisteramt anlässlich der Erteilung eines Optionsrechtes für den Ankauf eines grösseren Teiles des Tiergartens durch ein Wiener Bankenkonzern die Aufnahme dieses Teiles durch das militär-geographische Institut veranlasst hat. Das Stadtbauamt hat hierbei keine Vermittlerrolle gespielt und muss die Berechtigung einer solchen Behauptung, die ohne den Versuch einer Nachweisung erhoben wird, zurückgewiesen werden. Das Unrichtige des Vorganges des früheren Oberleithofmeisteramtes, das militär-geographische Institut, welches dem Kriegsministerium unterstand, zu einer solchen Arbeit während des Krieges heranzuziehen, kann wohl nicht geleugnet werden, und ich werde Veranlassung treffen, dass das Staatsamt für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten, welchem das militär-geographische Institut untersteht, ersucht wird, die Angelegenheit aufzuklären und vorgekommene Unzukömmlichkeiten abzustellen.

GR. Dr. Gissauer verlangt in einer Interpellation für eine Reihe von Aspiranten im Jubiläumskapital die Entschädigung für die Zeit bis zu ihrer Ernennung zum bezahlten Aspiranten und fragt an, ob der Bürgermeister geneigt ist, den gerechten Ansprüchen sofort durch entsprechende Weisungen an den Magistrat nachzukommen.

BGM. Reumann erwidert, dass die gepflogenen Erhebungen über diese Angelegenheit noch nicht abgeschlossen sind, sollten sie aber die Berechtigung der Ansprüche der Aerzte ergeben, so wird das Erforderliche zur Flüssigmachung der ihnen zukommenden Beträge sofort veranlasst werden.

GR. Marie Kramer fragt, ob der Bürgermeister geneigt ist, den Magistrat zu beauftragen, eine Vorlage für die Errichtung einer Anzahl Freibäder im Wienflusse auszuarbeiten.

BGM. Reumann erwidert, dass in der zwischen Mauern gefassten Strecke die Errichtung von Badeanlagen aus verschiedenen Gründen undurchführbar sei, und sich in der nicht durch Mauern eingefassten Strecke nur eine halbwegs geeignete Stelle sei und zwar nächst des Ausganges aus dem Stationsgebäude der Westbahn in Mitteldorf. Die jedoch einige Nachteile habe. Schliesslich bemerkt der Bürgermeister, dass am kommenden Dienstag ein Schulkinderfreibad im Teiche des Schönbrunner Vorparkes in der Nähe des Wienflusses inmitten eines dicht besiedelten Stadtteiles und in Verbindung mit Spielwiesen eröffnet wird.

GR. Simon interpelliert wegen der Errichtung eines Wartehäuschens an der Umsteigestelle der Strassenbahn bei der Separation.

BGM. Reumann verliest einen Bericht der Strassenbahndirektion, in dem es heisst, dass das Wartehäuschen bei der Separation während des Bestandes infolge ~~der~~ ^{seiner} ungunstigen Lage zur Haltestelle fast nicht benützt wurde und gelegentlich der Umgestaltung des Nachmarktes zur Abtragung gelangte. Die Wiederaufstellung unterblieb, da nach der geplanten bevorstehenden Regulierung der Gleisanlagen ihre Wiederaufstellung nicht möglich wäre.

GR. Simon weist darauf hin, dass vielfach Strassenbahnwagen weite Strecken leer fahren, da die Schaffner angeben, dass der Wagen eingezogen wird und fragt, ob der Bürgermeister veranlassen wolle, dass jeder Wagen, solange er im Betrieb ist, voll und ganz ausgenutzt wird.

BGM. Reumann verliest einen Bericht der Strassenbahndirektion, in dem es heisst, dass alle eingezogenen und eingezogenen Züge, die vorgeschrieben mit Fahrern und Schaffner besetzt sind, auch wenn sie nicht eine normale Linie befahren, Fahrgäste mitzunehmen haben, ebenso jene Züge, die aus betriebstechnischen Gründen von einem Bahnhof zum andern, oder von den Werkstätten überführt werden. Es ereignet sich leider immer wieder, dass Fahrmannschaften diese Vorschriften nicht befolgen.

GR. Reisinger macht in einer Anfrage aufmerksam, dass besonders an Sonntagen, wo nach Betriebschluss der Strassenbahnen die dort aus- hilfsweise verwendeten Angestellten in drei bis vier Partien nach dem Bahnhof Brigittenua vom Grinzing ausbefördert werden, Personen einsteigen, die gratis fahren, weil keine Karten ausgegeben werden und verweist auf die schwere finanzielle Schädigung der Gemeinde.

BGM. Reumann erklärte, dass dieser Uebelstand dadurch abgestellt werden wird, dass nicht die von der Endstation Grinzing eingezogenen Züge nievon verwendet werden, sondern von Bahnhof auslaufende Sonderzüge.

GR. Schlitz bespricht die lange Dauer der Gleisauwechslung der Strassenbahn in der Neulandfelderstrasse von der Haltestelle Gürtel bis zur Haltestelle Lindengasse und die umfangreichen Grabungen, die dort vorgenommen wurden und fragt, ob die Arbeiten nicht raschest beendet werden können und was der Grund der langen Dauer der Gleisauwechslung sei.

Bgm. Reumann erwidert, dass die Ausführung dieser Arbeiten von der Fertigstellung des Ottakringerbach- Entlassungskanals abhängt.

GR. Bauer beantragt die Wiedereinführung der Haltestelle der Strassenbahnen auf der Linie „71“ bei der Geysstrasse.

Gm. Hengl beantragt die Einführung des elektrischen Lichtes in das

GR. Maria Frazer beantragt unter Hinweis auf die vielfach reformbedürftigen Verhältnisse in den Kriegsküchen hin und beantragt die Einsetzung einer 5 gliedrigen gemeinderätlichen Kommission, welche die mit den gemeinnützigen Ausspelswesen vertretenen Organisationen und Personen über ihre Erfahrungen befragen und die Zustände in den städtischen Kriegsküchen und Ausspelsstellen feststellen und auf Grund der Erhebungen Vorschläge zur Ausgestaltung und Reorganisation an den Gemeinderat erstatte solle.

GR. Grünbeck stellt unter Hinweis auf die Reformbedürftigkeit der Wiener freiwilligen Feuerwehren den Antrag, zuerst der freiwilligen Feuerwehr in Hernals einen Autolöschtraifn beizustellen und die übrigen Feuerwehren nacheinander ebenso auszugestalten.

Die Anträge werden der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Es wird hierauf an die Erledigung der Tagesordnung geschritten.

StR. Speiser berichtet über die Einführung einer Abgabe auf das Personen- automobile und für das Lohnfuhrwerk, über die Auflassung des Lohnwagengefäll- les und der Platzeinhebungsgebühren bei diesen. Er gibt der Hoffnung Aus- druck, dass mit diesen Abgaben die Serie jener Steuern eingeleitet werde, die den Luxus treffen und Menschen, die nicht von ihrem Einkommen leben müs- sen, sondern die genug übrig haben, um etwas beitragen zu können. Die Auto- steuer sei nicht aus den letzten Tagen hervorgegangen und werde in Wien nicht als der ersten Stadt der Welt eingeführt. Bei der Besteuerung des Lohn- fuhrwerkes werden das Lohnwagengefälle und die Platzreinigungsgebühren auf- gelassen, die ja der Gemeinde in den letzten Jahren ein ganz geringes Er- trügnis abgaben. Der Referent beantragt, die Annahme der Vorlage, die eine Besteuerung für Kraftwagen von 10 Pferdekraften steigend aufwärts bis 50 von 500 K bis 10.000 K jährlich und für Elektrokraftwagen mit 5000 K, die Abgabe für Lohnfuhrwerker, für Fiaker und Automobile 300 K, für Einspänner 150 K und für Kleinfuhrwerker mit K 30 pro Jahr vorsieht, und gibt seiner Anschauung Ausdruck, dass das Gemeinderat zum erstenmale einen Schritt zur Besteuerung derjenigen tue, die das Volk besteuert sehen will.

GR. Vaugoin: Der Antrag schaut, wenn man ihn oberflächlich ansieht, eigent- lich gewerbefreundlich aus, es wird nämlich das Lohnwagengefälle aufgehoben. Früher haben die Fiaker 75 K und die Einspänner 37 K an Lohnwagengefälle bezahlt und wenn man jetzt dafür Ansätze von 350 und 150 K macht, so ist das eine Aufhebung des Titels und eine Vervielfachung des Mittels. Kein konzessioniertes Gewerbe hat ausser der Steuer und ausser allen Abgaben noch eine Lizenzgebühr zu entrichten, nur das Fiaker und Einspännergewerbe denen heute diese Gebühr noch vervierfacht werden soll. Wenigen Gewerbe- treibenden geht es jetzt so schlecht, wie unseren Lohnfuhrwerkern. Die Automobile sind infolge mangels an Benzin und Bereifung nicht in der Lage regelmässig auszufahren; manche können nur an einem Tag der Woche ihren Beruf nachkommen und infolgedessen ihre Regien nicht decken. Dazu soll ih-

nen nun noch eine bedeutende Mehrerhöhung aufgelastet werden. Die Fiaker und Einspänner leiden uner den überaus hohen Preisen für Futter, Fuhrwerks- Reparaturen, Sattler- und Hufbeschlagarbeiten und können ihr Pferdmaterial nicht ausnützen, weil dieses infolge der Reude einer Kriepseuche ausser- ordentlich geschwächt ist. Ich wiederhole meinem im Stadtrat gestellten Antrag, den Punkt 3 des vorliegenden Antrages zu streichen und an dessen Stelle zu setzen: das bisher von den jetzigen Lohnfuhrwerkern eingehobene Lohnwagengefälle wird aufgehoben. Ich bitte infolge der schweren Lage der Lohnfuhrwerker diesen Antrag, der für die Gemeinde finanziell nicht schwer ins Gewicht fällt, anzunehmen. (Beifall rechts).

GR. Forstner: Ich hatte mir die Autosteuer anders vorgestellt, als sie hier vorliegt. Ich habe sie mir als Reichssteuer gedacht, von der ein ange- massener Teil der Gemeinde Wien zufliesst. Eine solche Steuer ist wirk- samer und einträglicher. Auch die Frage wegen durchfahrender und sich hier längere Zeit aufhaltender Kraftwagen ist nicht berührt. Auch steht es offen, in wie weit die Industrie und mit ihr ihre Arbeiter in Betracht kommen. Was die Lizenzgebühren der Fuhrwerker betrifft, kann ich mich nur darauf beziehen, was ich in der letzten Sitzung gesagt habe, ich stelle daher den Antrag, dass der Punkt 3 abgeändert und folgendermassen lauten soll: Automobile, Fiaker und Einspänner sollen 150 Kronen und kleine Fuhrwerker (Lastransportzeuge, sogenannten Gstettenbauern mit zugewiesenen Standplätzen 30 Kronen bezahlen.

GR. Breuer: Ich habe mich zum Wort gemeldet, nicht weil ich Fachmann bin, aber weil ich von den beteiligten Genossenschaften Gutachten über diese Steuer eingezogen habe, die ich nun zur Verlesung bringen will. Die Genossenschaft der Einspänner bezeichnet die Fuhrwerksabgabe als eine grosse Last und als ein Ding der Unmöglichkeit. Die Gemeinde werde auch nicht auf ihre Rechnung kommen, da nur 50 von 14.000 Autolizenzen wegen Mangel an Betriebsmitteln fahren und von den 600 Pferdelizenzen bloss 100 in Betrieb sind, die von heute auf morgen ihr Leben fristen. In ähn- licher Weise sprechen sich die Fiaker aus, die um Aufhebung der Lizenzgebüh- ren bitten, da die meisten Lohnfuhrwerker nicht in der Lage sind, diese Steuern zu leisten. Auch sind sie mit Steuern unter anderem auch mit der Kriegsgewinnsteuer, ohne Kriegsgewinner zu sein, stark in Anspruch genom- men, dass sie auch diese nicht leisten können, beweisen die grossen Steuerrückstände. Die Wirkung der neuen Steuern wäre, dass die Lohnfuhr- werker, in das grösste Elend gebracht würden, denn eine Ueberwälzung auf die Fahrgäste wäre unmöglich, da sie infolge der bestehenden hohen Taxen immer weniger werden. Auch möchte ich sie aufmerksam machen mit der Automobilsteuer vorsichtiger zu sein, ich will nicht für die reichen eine Lanze brechen, aber diese wissen sich zu decken und es werden einfach eine Reihe von Gewerben, Tapzierer, Schmiede, Wagner u. ägl. zurückgehen werden. Auch mir erscheint die Vorlage, wie meinem Vorrédner flüchtig gearbeitet, da sie über durchfahrende und zweitweilig sich aufhaltende Fuhrwerke nichts sagt. Zum Schluss stelle ich den Antrag, dass für 10 Pferdekraften statt 500, 200 Kronen und von 10 bis 20 Pferdekraften statt 1000 Kronen 500 Kronen eingesetzt werden. Die kleinen Autos sollen ausgelassen werden, da es meist Fuhrwerke von Personen sind, die sie in Ausführung ihres Berufes benützen und nicht zum Vergnügen fahren. Bei dieser Gelegenheit möchte ich den Herrn Bürgermeister aber auch auf- sam machen, bei Stellung der entsprechenden Anträge bei den beteiligten Stellen, insbesondere bei der Polizei dahin zu wirken, dass die schwer fahrenden Lastkraftwagen nicht so rasch und wahnsinnig herumfahren, da die Strassen die Anlagen der Strassenbahnen und die Kanäle schwer leiden. Eine alte Forderung, die leider nicht erfüllt wurde und den Vorschriften widerspricht. Soweit die Referentenanträge von mir berührt wurden, werde ich gegen dieselben stimmen.

H. Dr. Schwarz-Hiller: Ich werde für den vorliegenden Antrag stimmen, obwohl mir so populär und moralisch diese Steuer ebenso wie andere Luxussteuer erist, einen praktischen Erfolg eigentlich nicht verspreche, aber ich stimme für die Vorlage mit Rücksicht auf die Finanzlage der Stadt Wien. Zu be- fürchten ist immerhin, dass durch derartige Steuern Industrie und Handel, mit dem betreffenden Artikel leidet und dass alle damit in Verbindung ste- henden Personen in Mitleidenschaft gezogen werden. Bei dem heutigen Referen- te müssen auch die Misstände im Wiener Fuhrwerksverkehr besprochen werden. GR. Vaugoin hat die Lage der Fuhrwerker doch ausserordentlich traurig hinge- stellt und erklärt, dass sie unser Mitleid verdienen. Nicht minder zu bemit- leiden ist aber der Konsument. Wer heute fahren muss, der erkennt, in wel- chem Zustand der Verwahrlosung die Fuhrwerksmoral sich befindet. In gewis- sen Abendstunden ist ein Automobil oder Fiaker auf dem Standplatz über- haupt nicht zu haben. Wenn Sie jedoch mit einem „Menschel“ kommen, dann erhält man ein Fuhrwerk. Ebenso war es ja einmal mit einem Hotelzimmer, welches ein alleinkommende Mann fast nie bekommen konnte. Eine einfache Fahrt kostet heute mit einem Autotaxi 50 bis 100 K, früher kostete eine solche Fahrt 3 bis 5 K. Ich bin vor Kurzem vom Südbahnhof mit meiner Frau und mit Gepäck in den 3. Bezirk gefahren, während der Fahrt erklärte mir der Wagenlenker, die Fahrt kostet 120 K. Ich musste, ob ich wollte oder nicht - es war eben Regenwetter - den Preis zahlen. Viel Schuld sind vielleicht auch die grosse Anzahl der Selbstfahrer, die jetzt zugewachsen sind. Auch auf Bahnhöfen ist ein Wagen nicht zu erhalten und auch die Polizei hat dazu nicht die erforderliche Macht. Wenn man von den hohen Benzinpreisen im Schleichhandel gesprochen wird, so wäre doch zu erwägen, den Benzin zu rationieren und den Verbrauch zu kontrollieren. Wenn aber der Autotaxifahrer weiss, dass ihm jeder Preis bezahlt wird, dann kann er auch den Benzin um jeden Preis bezahlen. Besichtigen Sie heute nur einen Rennplatz oder Orte, wo die Vergnügungsorte sich befinden, Sie werden sehen, welche eine grosse Anzahl von Lohnfuhrwerken dort aufgestellt ist. Redner erklärt, die Textierung des Entwurfes des „Landesgesetzes, welches beschlossen werden soll sei nicht sehr glücklich und beantragt aus diesem Grunde die Rückverweisung der Vorlage an den Stadtrat und die rascheste neuerliche Berichterstattung an den Gemeinderat.

GR. Forstner: Seit Jahrzehnten ist in diesem Saale ein liberaler Vertreter aufgestanden und hat eine Rede gehalten, wie wir sie ja immer gehört haben.

GR. Vaugoin: Das ist ein Klubbeschluss.

GR. Forstner: Ja ein einstimmiger Klubbeschluss.

GR. Dr. Schwarz-Hiller: Der Witz war gut, aber die Vorlage wird dadurch nicht besser.

GR. Forstner: Jedermann kritisiert, dass bei den Fuhrwerkern Miss- stände vorhanden sind. Diese Missstände sind aber nach Wien eingeschleppt worden und haben die Preise in die Höhe getrieben. Ich weiss nicht, ob der Herr Kollege Schwarz-Hiller mit einem nummerierten Wagen in der Nacht herumgefahren ist, aber die Fuhrwerker stehen heute nicht besser als vor dem Erlage. Alles ist teurer geworden und in Preise gestiegen, ein Paar halbwegs ordentliche Pferde kosten 30.000 Kronen.

GR. Vaugoin: Weil alles teurer geworden ist, kommt noch eine Steuer.

GR. Forstner: Die Fuhrwerker wissen ganz genau, dass sie ihr eigenes Gewerbe schädigen, wenn sie die Preise steigern, aber sie müssen es tun, weil sie sonst nicht existieren können. Deshalb sage ich, dass ich die Erzählung des Kollegen Schwarz-Hiller von der Geschichte mit dem Menschel nicht glaube, umso mehr als ich ihm nicht zurute, dass er der Fahrgast gewesen ist. (Heiterkeit)

GR. Dr. Schwarz Hiller: Das wäre ja keine Beleidigung.

GR. Forstner: Der Fuhrwerker muss manchmal unausgesetzt fahren, stehen bleiben kann er nicht, er nimmt aber eine solche Fuhr nicht gerne. (Heiterkeit) Sie sehen, ich habe die Geschichte von der berühmten Fuhr fachmännisch widerlegt. (Heiterkeit) Man kann also den Fuhrwerkern, wenn sie Vergnügungsfahrten machen, keinen Vorwurf machen. Sie müssen fahren, weil sie sonst bestraft werden. Und er nimmt die Fahrt an, wo er länger stehen kann und keine Abnutzung seines Zeugens hat.

GR. Dr. Schwarz Hiller: Höchstpreise und Preistreibeerei gibt es also nur für andere Berufe.

GR. Forstner: Unter den Fuhrwerkern sind keine Kriegsgewinner zu suchen. Während des Krieges haben sich eine ganze Menge von Leuten, die vor dem Kriege mit dem Fuhrwerk nichts zu tun gehabt haben, Lizenzen gekauft und das Geschäft betrieben, und z.B. von ihren Chauffeurs das Geld verlangt, das dieser einfach aufbringen musste. Franz Ferdmand war auch seinerzeit ein Fiaker-eigentümer und hat in seinen Betriebe die Chauffeurs am meisten ausgenützt. Die Fuhrwerker können solange keinen billigen Wagen geben, als die Reagen so hoch sind. Auch wir wünschen, dass das Fahren billiger wird, damit auch die Arbeiter, ein Auto oder einen Wagen haben können, wenn sie ihn notwendig brauchen. Aber die Fuhrwerker haben auch das Recht auf ihre Existenz.

StR. Speiser betont in seinen Schlussworte gegenüber dem GR. Vaugoin dass der Geldwert auf ein Fünftel oder ein Sechstel gesunken und demgegenüber die Erhöhung der Taxe auf das Vierfache von keine besonderen Bedeutung ist. Er erklärt sich bereit, den Antrag Forstner zu dem seinigen zu machen und erklärt, dass eine Gebühr von 50 Hellern im Tage für Benützung und Reinigung der Standplätze gewiss nicht in Betracht kommt. Gegenüber dem GR. Brauer verweist der Berichterstatter darauf, dass die Gemeinde nie in der Lage wäre, eine Steuer einzuhoben, wenn sie bei Steuerbewilligungen von dem Gutachten der jeweiligen Interessenten abhängen würde. Man muss auch bei der Frage berücksichtigen, dass die Pflastersteine, die abgenützt werden, von 65 Heller auf 7 Kronen per Stück gestiegen sind. Wenn die Luxusautomobile verschwinden, dann würde das Strassenbild von Wien, das durch seine Luxuskaffeehäuser u.s.w. auf die darbenenden Massen ohnehin aufreizend wirkt, weniger aufreizend sein. (Lauter Beifall links. - Rufe rechts: Das wäre für eine Versammlung sehr gut! - Wollen Sie mit einem Handwagerl fahren!) Die Versammlung habe nicht sich aus diesem Saale gemacht, sondern Ziel wie man in den Wald hineinruft, so schallt es entgegen. Gegenüber GR. Schwarz Hiller sagt Redner unter anderem, dass der Mehrheit genau bekannt ist, dass sie mit einigen Luxussteuern das Defizit der Gemeinde nicht decken kann und schliesst: Wenn wir diese Steuern annehmen, so in dem Gefühl, dass in den Massen der Wiener das Gefühl der ausgleichenden Gerechtigkeit ausgelöst werden muss. Wenn die Luxussteuern nicht passen, der soll dagegen stimmen. (GR. Doppler: Die Besteuerung der Fiaker und Einspänner ist doch keine Luxussteuer) Ich bitte, die Anträge Vaugoin und Brauer abzulehnen, und treten den Anträge Forstner bei. Ich bitte, der ersten Luxussteuer, die die Gemeinde Wien beschliesst, zuzustimmen. (Beifall links)

Bei der Abstimmung werden die Anträge Vaugoin und Brauer abgelehnt, die Stadtratsanträge mit dem Abänderungsantrage Forstner angenommen

Nach einem Antrage des GR. Speiser wird eine Abänderung in den Gruppen V, VI und VII des Gruppenschemas der städtischen Angestellten beschlossen.

V.-Bgm. Winter berichtet über die Errichtung einer Tageserholungsstätte für leicht tuberkulöse Mädchen Frauen und Knaben bis zu 14 Jahren auf einer Wiese, die gegenüber dem Jubiläums-Spitale in der Hermesstrasse an den Lainzer Tiergarten anschliesst. Die Pfleglinge kommen in der Frühe hierher zum Kurgebrauch, erhalten hier ein 2. Frühstück, Mittagessen und eine Jause und verlassen abends wieder die Erholungstätte. Als Beitrag

wird für die Verpflegung ein Betrag von 2 K für Kopf und BTag eingehoben. Die Ueberwachung der Kranken besorgt ein Arzt mit einer Oberschwester, denen 3 Bedienerinnen beigegeben sind. Der Betrieb soll mit 1. August beginnen und mit Ende September aufhören. Hiezu wäre für neuer ein Betrag von 32.040 K erforderlich. Gleichzeitig berichtet der Referent, dass auf diesem Platze die Errichtung einer Liegehalle, bestehend aus einer Schöffel-Baracke mit Flugdach mit dem Kostenbetrag von 27.000 K errichtet werden soll. V.-Bgm. Winter erwähnt, dass bereits im Jahre 1916 der Plan einer Tageserholungsstätte aufgetaucht sei und dass der Stadtrat damals den Betrieb derselben anschliessend an das Jubiläums-Spitale einrichten wollte. In etwas veränderter Form greife der heutige Antrag auf jenen Stadtratsbeschluss zurück, der jetzt besonders akut sei, weil die beiden zur Verfügung stehenden Heilanstalten Steinklamm und Alland viel zu klein sind, um ausserdem für beide Anstalten 400 bzw. 700 Kranke vorgemerkt seien. Als Ersatz gelten heute die vorgelegten Anträge. Die Wiese, um die es sich handelt, ist so gross, dass für die Kranken die günstigste Sonnenlage ausgewählt werden kann. Durch diese Massnahme werde ein kleiner Schritt wieder nach vorne getan in dem Kampfe gegen die furchtbare Volksseuche „Tuberkulose“.

GR. Dr. Haas: begrüsst die Vorlage, wünscht jedoch, dass auch für die an Tuberkulose leicht erkrankten Männer Tagesheimstätten geschaffen werden, von denen in der Vorlage nicht die Rede ist. R

Die Referentenanträge werden angenommen, der Antrag Dr. Haas an den Stadtrat geleitet.

StR. Breitner berichtet über die Beistellung des Grundmauerwerkes für das Adalbert Stifterdenkmales im Türkenschanzpark und über die Bewilligung einer Subvention hiefür, seine Anträge werden angenommen.

StR. Dr. Grün berichtet über die Gewährung einer Seuchenwehrluzugabe an die Sanitätsmannschaft. Er weist darauf hin, dass die Sanitätsbediensteten bei der Lohnregulierung der Angestellten durch die Steichung der Zulagen eine Einbusse an ihrem Einkommen erlitten haben. Die Sanitätsbediensteten leisten einen ausserordentlich schweren Dienst und bedürfen aller Förderung und Unterstützung. Die Seuchenwehrluzugabe soll ihnen rückwirken d vom 1. Mai ds. J. bewilligt werden, sie soll in die Pension einrechenbar sein, und macht einen Betrag von 1.800.000 K aus.

Die Referentenanträge werden angenommen.

StR. Dr. Grün weist auf die Muckstände im Schulärztedienste hin und berichtet über die Einführung des schulärztlichen Dienstes in allen Wiener Bezirken mit Beginn des Schuljahres 1919/1920. In den Dienst der Schulärzte soll die Feststellung der körperlichen und geistigen Beschaffenheit aller die erste Volksschulklasse besuchenden Kinder fallen, ferner die periodische Untersuchung der einer dauernden ärztlichen Ueberwachung bedürftigen Kinder der ersten Klasse und die fallweise vorzunehmende Untersuchung der Kinder höherer Klassen sowie die Beratung der Eltern und des Lehrkörpers, ferner die Verhütung und Bekämpfung ansteckender Krankheiten und die sanitäre Revision der Schulräume. Der Referent spricht die Erwartung aus, dass die Aerzte, die mit diesen Aufgaben betraut werden, in sozialen Leben verständige Menschen sind und ein gutes Auge für die Verhältnisse im Elternhause haben. Der Schulärztedienst wird auch darauf dringen müssen, dass die Schulausspeisung volle Förderung erfährt.

GR. Gabriele Walter begrüsst die Vorlage und wünscht, dass eine ausgiebige und hinreichende Fürsorge in körperlicher und geistiger Hinsicht für die Kinder getroffen wird. Sie bemerkt, dass man nicht auf das als Förderklassensystem zurückkommen dürfe, das völlig versagt habe. Sie tritt für die Mitarbeit der Eltern ein und betont die Notwendigkeit der Einführung der Schulpflegerin, die den Verkehr mit dem Arzte vermitteln soll. Sie regt auch an, nach Tunlichkeit eine bessere und öftere Reinigung der Schulräume vorzunehmen zu lassen.

GR. Jorde: Namens der Lehrerschaft gebe ich meiner Freude Ausdruck, dass es endlich gelungen ist, eine Forderung durchzusetzen, die wir seit

20 Jahren erkoben haben. Während in Deutschland in vielen Städten die Schularztfrage fortgeschritten war, war in Wien ein vollständiger Stillstand in dieser Frage zu sehen, und man musste nach Linz oder Brünn wandern, wenn man die Einrichtung der Schulärzte sehen wollte. Ich kann nicht umhin, bei dieser Gelegenheit der Worte zu gedenken, die BGM. Lueger bei Erhebung dieser Forderung sprach: Es könnte durch die Schulärzte die Maderln zu genau untersucht werden und gleichzeitig der Worte des GR. Bielehlawek: Vielleicht sollen wir auch noch Hebammen in den Schulen anstellen? Diese Zeiten sind nun vorüber und erst unsere Partei musste hier in Mehrheit einziehen, da etwas geschah. (GR. Rummelhardt: Nicht richtig! Im Fortbildungsschulrat besteht die Institution schon seit 4 Jahren) Ueber die Notwendigkeit der Institution ist wohl überflüssig zu sprechen. Als Lehrer muss ich nur konstatieren, dass zur psychischen Arbeit in der Schule auch das Kind vollständig gesund sein muss. Kranke Kinder werden oft als faul betrachtet, was man dem Lehrer nicht verüben kann, denn nicht alle Krankheiten sind leicht erkennbar. So arbeitet das Gehirn nicht gut, bei Rachenkatharrn, was der Lehrer nicht feststellen kann. Viele Kinder leiden an Nervenkrankheiten, die der Leie nicht erkennt, besonders diese sind es, die oft die Ursache eines schlechten sittlichen Verhaltens sind. Es gibt eine Reihe von Fällen die die Notwendigkeit der Schulärzte begründen. Schwache und kranke Kinder schädigen aber den Unterricht in der ganzen Klasse. Den Schulärzten aber kommt nicht nur die individuelle Behandlung des Kindes zu, sondern er wird auch bei den Schulreformen zu Rat gezogen werden müssen. So sind die Schulzeiten unsinnig angeordnet. Gleich nach dem Mittagessen muss das Kind wieder in die Schule geschickt werden. Es wird daher Aufgabe der Aerzte sein, gegen diese Art des Schulunterrichtes einzutreten. Wenn wir auch nichts anderes für unsere Nachkommen tun können, so müssen wir den Kindern eine gute Gesundheit geben und für diese Gesundheit darf uns kein Opfer zu gross sein.

GR. Dr. Haas: Ich habe nicht zum Worte gemeldet, nicht um gegen den Antrag zu stimmen, denn ich bin ebenfalls gegen die probeweise Einführung der schulärztlichen Institution. Ich sage probeweise, weil uns die Erfahrung fehlt. Die als Beispiel geltenden Städte sind bedeutende kleiner; dort war die schulärztliche Behandlung viel leichter einzuführen, als in der Zweimillionenstadt. Vor allem bitte ich den Referenten, nachdem wir ja bereits in einigen Bezirken diese Institution besitzen, ob es nicht möglich wäre, die gemachten Erfahrungen bekannt zu geben, oder zu veranlassen, dass ein Bericht hierüber dem Gemeinderat zur Kenntnis kommt. Eines ist wichtig. Ein Arzt kann noch so tüchtig sein, aber als Schularzt braucht er eine besondere Ausbildung. Z.B. Bei kranken Augen kann der Schularzt bloss konstatieren, dass ein Augenleiden vorliegt, aber speziell zu konstatieren mangelt ihm die spezialärztliche Schulung. Wir haben bereits einen Augen- und Ohrenarzt angestellt, und möchte ich anregen, dass die Schulärzte bei Augen- und ohrleidenden Kindern diese unsere Spezialisten zur Untersuchung und Behandlung zuweisen. Bei dieser Gelegenheit will ich betonen, dass es notwendig wäre, an der Universität eigene Kurse für Schulärzte zu errichten. Gleichzeitig mache ich aufmerksam, dass nachdem St. Pelagio vorläufig nicht mehr in unserem Besitz ist, wir nur mehr 2 Kinderheilanstalten in Sulzbach und Hall besitzen und dass es notwendig ist, daran zu gehen, diese beiden Anstalten auszubauen und neue zu errichten, dass wir den an uns gestellten Anforderungen vollauf Genüge leisten können.

Der Referentenantrag wird angenommen.

VB. Rummelring beantragt die Aenderung des Titels „Städtische Kaiser Franz Josefs Jubiläums - Lebens- und Rentenversicherungsanstalt“ in „Gemeinde Wien - Städtische Versicherungsanstalt“, so wie eine Reihe von Satzungsänderungen dieser Anstalt.

GR. Dr. Kienböck hält diesen Titel für zu schwerfällig und den Sprachgebrauch nicht entsprechend. Bei den Unternehmungen, die handelsgerichtlich protokolliert sind, ist es zwar Vorschrift, dass der Besitzer im Titel zu erwähnen ist, doch eine Versicherung ist nicht protokolliert, sondern eine wechselseitige Anstalt. Ich sehe nicht ein, weswegen man den seinerzeit im Stadtrat beschlossenen Titel „Städtische Lebens- und Renten-Anstalt“ nicht gewählt hat. Wenn man dabei vielleicht denkt, die Anstalt auf neue Versicherungszweige auszuweiten, so möchte ich raten, bei einem derartigen Ausbau vorsichtig zu sein, um nicht bereits bestehende und solide Anstalten, wie es z.B. bei der Feuerversicherung die wechselseitige Brandschaden und die Landesbrandschadenversicherung sind, zu konkurrenzieren. Jedenfalls soll vor Einführung neuer Versicherungen eingehend besprochen werden, ob und welcher Anlass zur Neueinführung eines Versicherungszweiges vorliegt.

Nach dem Schlussurteil des Berichterstatters wird der Antrag des StR. unverändert angenommen.

Nach einem Antrage des StR. Wögl werden Abänderungen bezüglich der Einreihung der Angestellten der städt. Elektrizitätswerke genehmigt.

Bgm. Reumann berichtet über die Erwerbung des Flüchtlingslagers in Steinklamm durch die Gemeinde Wien. Der Referent bemerkt, dass schon seit geraumer Zeit die Verhandlungen über diesen Ankauf geführt werden, was die zahlreichen vorliegenden Verhandlungsschriften beweisen. Der Kaufbetrag von 2,5 Millionen Kronen sei für die Stadt in ihrer jetzigen finanziellen ~~mit~~ ungünstigen Lage gewiss schmerzlich, es musste aber vermieden werden, dass die Anstalt in andere Hände übergehe. Nicht nur durch den Kaufpreis sondern auch durch der Verpflegskosten werde die Gemeinde Wien belastet werden, aber es musste unbedingt Vorsorge für die Schaffung einer Lungenheilstätte geschaffen werden. Es werden ~~am~~ dortselbst mindestens 500 Tuberkulose Verpflegt werden. In das Eigentum der Gemeinde übergehen auch fast sämtliche bewegliche Sachgüter, die Übernahme des Lagers soll mit 15. August erfolgen. Die Gemeinde Wien habe schon deshalb, weil so eingehende und langwierige Verhandlungen geführt wurden, eigentlich die moralische Verpflichtung, das Flüchtlingslager zu übernehmen. (Beifall bei den Sozialdemokraten).

GR. Dr. Glasauer äußert Bedenken, ob dieses Lager für den beabsichtigte Zweck geeignet ist. Aerztliche Fachberater der Wiener Bezirkskrankenkasse haben das Lager für eine Lungenheilstätte ungeeignet befunden, aber selbst wenn das Lager diesem Zweck nicht entsprechen sollte, bin ich mit der Übernahme desselben einverstanden. Es war ursprünglich ein Flüchtlingslager und wir brauchen solche Flüchtlingslager auch in der gegenwärtigen Zeit sehr notwendig. In Wien herrscht eine kolossale Wohnungsnot, die noch nicht auf dem Höhepunkt angelangt ist. Mit Rücksicht auf die bevorstehende Rückkehr der Kriegsgefangenen und der deutschösterreichischen Staatsangehörigen aus den Nationalstaaten, muss der Abhilfe der Wohnungsnot ein besonderes Augenmerk zugewendet werden. Es geht nicht an, dass auf der Station Hütteldorf mehrere Waggons eine Woche lang schon stehen, in welchen aus Lundenburg vertriebene deutschösterreichische Staatsbürger auf einem Rangiergeleise ein Freilager halten müssen, während noch 70.000 Flüchtlinge aus Galizien und der Bukowina allein hier sich aufhalten. Die Flüchtlinge sind ein Ueberbleibsel der alten österreichisch ungarischen Monarchie; während selbst alles zwischen den Nationalstaaten aufgeteilt wird, bleiben uns diese Flüchtlinge ganz allein. Wenn sie eine Aktivpest wären, hätten sich diese Nationalstaaten längst um diese Flüchtlinge gekümmert. Sie sind also nur eine Passivpest für unseren neuen Staat und es ist kein Vorteil, wenn sie länger als notwendig hier bleiben. In den neuen Nationalstaaten drohen ihnen angeblich auch Gefahren, die Pogrome. Daß Pogrome nicht entschuldbar sind, anerkennen auch wir. Wenn in der letzten Gemeinderatsitzung Herr Dr. Plaschkes gemeint hat, dass Pogrome entstehen, wenn Flugschriften gegen die Juden verteilt werden, so irrt er sich. Mit Flugschriften ist in Wien nichts zu erreichen, der beste Beweis dafür sind die Kommunisten.

VB. Emmerling: Ich mache aufmerksam, dass das nicht im Zusammenhang mit dem vorliegenden Referate steht.

GR. Dr. Glasauer: Ich muss meinen Antrag begründen, der davon ausgeht, dass ärztliche Autoritäten das Flüchtlingslager für den beabsichtigten Zweck nicht geeignet halten. Die Agitation mit den Flugschriften ist für die Juden gar nicht gefährlich. Die Flugschriften, die die Kommunisten haben, nämlich das Papiergeld, stehen den Antisemiten nicht zur Verfügung, und wenn Papiergeld bei der Wiener Bevölkerung nicht verfangt, so werden Flugschriften noch weniger verfangen.

VB. Emmerling: Ich mache noch einmal aufmerksam, dass das nicht zum Gegenstande gehört.

GR. Dr. Glasauer: Pogrome entstehen dadurch, dass sie von denjenigen gegen die sie sich richten, veranlasst werden. Wenn die Juden es überall so machen, wie die jüdischen Flüchtlinge in Wien, so kann ich Pogrome zwar nicht begrüssen, aber für verständlich und eventuell entschuldbar halten.

GR. Dr. Schwarz Hiller: Warum für entschuldbar?

GR. Dr. Glasauer: Ich kann sie für erklärlich halten.

GR. Dr. Ehrlich: Schicken Sie Ihren katholischen Reitz nach Polen!

GR. Vaugoin: Der geht schon selber!

GR. Dr. Glasauer: Ich habe von vornherein erklärt, dass wir Pogrome nicht wollen. Ich würde es für die Stadt Wien und für die Wiener Bevölkerung als die größte Schande empfinden, wenn hier solche Pogrome entstehen würden, wie sie in tschechoslovakischen und polnischen Städten entstanden sind. So etwas darf hier nicht vorkommen und wird auch nicht vorkommen. Sie müssen aber den Anreiz und die Veranlassung zu Pogromen aus der Welt schaffen. Das bezweckt mein Antrag. Sie können doch nicht verlangen, dass Wiener und Deutschösterreicher kein Obdach hier finden, während 70.000 Flüchtlinge, die gar nicht hierher gehören, in den besten und schönsten Wohnungen untergebracht sind. Aus diesem Anlass begrüße ich die Erwerbung dieses Lagers und wünsche, dass auch noch andere Lager erworben werden. In diese Flüchtlingslager sollen jene kommen, ~~wer~~ diese Lager mit ungeheuren Kosten seinerzeit errichtet worden sind. Die meisten Herren der Majorität werden mit mir auch nicht dafür sein, dass Wiener Arbeiter, wenn sie nach jahrelanger Gefangenschaft zurückkehren, keine Wohnung hier finden können. Sie können nicht das Herz und den Mut haben, dass die Wiener Arbeiter keine Wohnung haben, während Fremde, nicht hierher Gehörige, die gewählte Gastfreundschaft noch jahrelang, nachdem der Anlass hiezu weggefallen ist, missbrauchen. Wie kommt die Gemeinde Wien als einzige Gemeinde von Deutschösterreich dazu, dass sie diese Flüchtlinge aufnehmen muss. Sie sind für uns eine schwere Last. Wir haben durch sie nicht nur die kolossale Wohnungsnot, sondern müssen sie auch noch an unserer kleinen Ration teilnehmen lassen. Die Gemeinde Wien ist keine Stadt, welche unnütze Ausgaben machen kann. Ich stelle daher den Antrag, es mögen noch andere Flüchtlingslager erworben werden, damit die Wiener, welche aus der Gefangenschaft und aus den Nationalstaaten zurückkehren in ihrer Heimatstadt eine ordentliche Unterkunft finden und jene Flüchtlinge, je eher, desto lieber, aber zumindest im Laufe des Sommers in Flüchtlingslager transportiert werden, wenn sie es nicht vorziehen, in ihre Heimat zurückzukehren. Damit, dass die polnischen Juden verschwinden, werden wieder gesunde Verhältnisse eintreten. Die Tarnopoler Moral hat besonders den Lebensmittelhandel arg vergiftet. Auch in politischer Hinsicht haben uns diese Flüchtlinge vor dem Ausland schwer belastet. Die kommunistische Agitation ist einzig und allein auf jüdische Flüchtlinge zurückzuführen. Die Juden haben den Drang in sich, politische Führer zu sein. In der sozialdemokratischen Partei sind bereits so viele jüdische Führer, dass sie keinen Platz mehr haben. So sind die Kommunisten entstanden, die eine radikalere Tonart anschlagen, um dort zur Führerschaft zu gelangen.

GR. Dr. Schwarz Hiller erklärt, dass er auf die Ausführungen seines

Vorredner erwidern müsse und dass er sich an eine Zeit erinnere, zu der in diesem Saale jede Gelegenheit dazu benützt wurde, um eine Judenrede hervorzurufen. Die Flüchtlinge werden immer als die Schuld der ganzen Verhältnisse hingestellt.

GR. Reiter: Arme Hascherln!

GR. Dr. Schwarz Hiller: Jawohl, arme Hascherln! Die Sache liege aber nicht so unbedenklich, wenn man gerade in einem Zeitpunkt, in dem gewisse Momente die Bevölkerung beherrschen, auf gewisse Leute mit dem Finger zeigt. Redner sagt, dass an der Wohnungsnot die christlichsoziale Partei schuld sei, weil sie eine ganze Reihe von Anträgen, die von seiner Partei im alten Gemeinderate gestellt wurden, abgelehnt hat. Man solle der Bevölkerung nicht weiss machen, dass die Wohnungsnot neueren Datums ist. Die Behauptung, dass die Flüchtlinge nicht zurückwollen in ihre Heimat ist unrichtig und Redner weist darauf hin, dass 1000 von Personen sich bei ihm gemeldet haben, die in ihre Heimat zurückwollen, die aber keine Möglichkeit dazu haben. Wenn gesagt wird, dass sich 70.000 Flüchtlinge in Wien befinden, so spricht die Statistik anders. Die Statistik hat auch festgestellt, dass von 1.37% Fremden 0.60% Juden sind. Man kann auch nicht behaupten, dass die armen Flüchtlinge, die in Kellern und Massenquartieren untergebracht, den Grund der Wohnungsnot bilden. Redner betont, dass er gegen die Hereinlassung der Juden sein Veto eingelegt haben würde, dass man aber gegen die armen mittellosen Leute, die nachgewiesenermassen in Gebieten zuhause sind, die heute noch Kriegsgebiet sind, nicht so vorgehen könne. Dr. Glasauer will die Erwerbung eines Flüchtlingslagers für Tuberkulosenfürsorge zu Internierungszwecken verwenden. (Lebhafter Widerspruch bei den Christlichsozialen). Dies dürfe sich Wien vor der Welt nicht erlauben. Die Flüchtlinge haben das Anrecht des Hierseins, weil sie durch ihre Flucht die Bejahung des Oesterreichertums gezeigt haben. Das jüdische Volk in der Bukowina und Galizien hat zum Staate gehalten. Es ist auch gesagt worden, dass sich die Flüchtlinge mit gewissen Geschäften befasst haben.

GR. Unterwiesing: Schleichhandel! Das müssen auch Sie wissen, Herr Doktor!

GR. Schwarz-Hillar: Leute, die sich Geld gemacht haben, gibtes eben überall und was beim Schleichhandel herausgekommen ist, hat gezeigt, dass eben alle Leute verdienen. Zum Flüchtlingslager selbst erklärt der Redner, dass es in einer glänzend gelegenen Gegend sich befindet, dass das Klima geeignet sei und dass man über den Preis hier überhaupt nicht zu reden brauche. Dass Umbauten gemacht werden müssen, sei selbstverständlich. Es sei auch zu bedenken, dass die Stadt Wien ein Drittel der Bewohner Deutschösterreichs ausmache, dass sie also Vorsorge für Kranke in erster Linie treffen müsse.

Über Antrag des GR. Weber wird die Debatte geschlossen.

StR. Hellmann beantragt die Wahl von Generalrednern.

GR. Vaugoin: Als der Bürgermeister referierte, war ich als Pro Redner eingetragen, aber, wie ich jetzt Schwarz Hiller höre, bin ich contra Redner. So will ich meine Rede in zwei Teile, erst als contra und dann als pro Redner halten und bense zur Sache sprechen, wie dies Dr. Schwarz Hiller getan hat. Er hat erklärt, dass wir Schuld an der Wohnungsnot sind, weil wir die Wohnungspolitik der Liberalen nicht befolgt und ihre Anträge nicht angenommen hätten. Die liberale Partei hat selbst die Gelegenheit versäumt und hat Gründe der Gemeinde, sogar verschleudert. So ist beispielsweise an Stephansplatz ein Bauplatz um den Preis von 4 Gulden für die Quadratklammer an die Firma Rothberger verkauft worden und es klingt heute eigentümlich, wenn ein Herr von dieser Partei über Boden- oder Wohnungspolitik spricht. Nun will ich über seine Statistiken sprechen. Er sagt, 1911, was die schrecklichste Wohnungsnot in Wien. Ich möchte mir wünschen, dass wir alle miteinander in die Lage kämen, diese Wohnungsnot jetzt herbeizuführen, was gab damals 13.000 leere Wohnungen und im Jahre 1914 8700.

Wenn Kollege Schwarz Hiller erwähnt, dass die Flüchtlinge nur 1/4 der Wohnungen benützen, so hört sich das schön an, aber bei einem Stand von 550.000 sind dies 8000 Wohnungen. Ich lasse mich heute in keine Judendebatte ein, ich sage aber nur, wenn Dr. Schwarz Hiller die Flüchtlinge bedauert, so stimme ich bezüglich jener vom Jahre 1914 bei, und ich glaube, was wir damals taten, war unsere Pflicht. Damals war Wien die Hauptstadt der Monarchie. Anders steht es heute. Heute ist Wien die Hauptstadt der kleinen Republik Deutschösterreich und hat ausserhalb seines Staates keine Verpflichtung, der wir auch nicht entziehen würden, wenn wir nicht alle Mittel aufwenden müssten, um mehr Wohnungen zu schaffen, die den Obdachlosen und jenen, die noch heimkehren, geben müssen. In diesem Sinne begrüsse ich die neue Verordnung der Landesregierung, die verfügt, dass alle jene Wohnungen von Ausländern, die seit 1914 wegen Preistreiberi, Wucher und Kettenhandel bestraft sind, angefordert werden werden. Diese Verordnung ist im Interesse der Bevölkerung. Nun gehe ich zu meiner pro Rede. Ich kenne Steinklamm persönlich, es war eine Niederlassung für Marineflüchtlinge aus Pola und anderer Teile der Adria. Die Anlage ist selbstverständlich nicht für den heutigen Zweck angelegt, ist aber jedenfalls in einer Lage, dass wir sagen können, die Heilerfolge sind trotz der Mängel, die es aufweist, glänzend. Die Mängel sind, dass es eigentlich nach dem Süden nicht ganz offen ist, ein Haupterfordernis für eine Tuberkuloseheilstätte. Es ist auch richtig, dass ein Tausch zwischen Kuhstall und Heilstätte in ihrer Örtlichkeit erwünscht wäre. Doch heute können wir nicht bauen. Das würde Summen verschlingen, die uns ungläubliche gingen. Es handelt sich heute um 4 1/2 Millionen zur Erwerbung dieses Lagers, in dem der Bettenbelag von 250 auf 500 gebracht werden soll. Der Preis eines Bettes beträgt 19.000 Kronen, ein Betrag, der auch in Friedenszeiten für ein Spitalbett billig ist. Die Not der Tuberkulose ist gross und ich will hier dem Generalredner pro, der eine ärztliche Kapazität ist, nicht vorgreifen. Wir haben die Sünden des Krieges, die durch die Unterernährung und Wohnungsnot gefördert Tuberkulose zu bekämpfen, wir werden daher für die Vorlage stimmen, wie für alles, was wir als sozial notwendig erachten.

GR. Dr. Grün: Ich will nicht rein auf die Betrachtung der Vorlage vom ärztlichen Standpunkt aus beschränken. Ich bin von Frau Dr. erfüllt von dem Referate, welches einen Uebelstand abbellen soll, den wir längst beklagen. Die Tuberkulose nimmt in der Mehrzahl, wir aber haben keine Abwehrmittel in Bezug auf die Unterstützung unserer Kranken. Es muss daher unsere Pflicht sein, der Armen Hilfe zu leisten, es ist notwendig, dass wir eine

Anstalt bauen, wo wir eine Prophylaxe gegen den Fortschreiten dieser Kranken haben. Wenn Dr. Glasauer bemerkt hat, dass die Lage nicht ganz gesund sein soll, so möchte ich sagen, dass sie bloss nicht so ideal ist, es wären ja bessere Plätze. Aber es muss für augenblicklich in Betracht gezogen werden, dass wir Steinklamm haben, ~~MINNENIX~~ das es vorläufig für alle Ansprüche geeignet ist. Es liegt in einer Seehöhe von 306 Meter Seehöhe, ist windgeschützt, die Sonnenbestrahlung ist zwar nicht von einer sehr langen Dauer, aber ausserordentlich intensiv. Die Niederschläge sind nicht sehr bedeutend. Alle Patienten fühlen sich glücklich, in diesem Heim untergebracht zu sein, die Erfolge sind auch ziemlich beträchtlich. Sehr gebessert wurden durch die Behandlung dortselbst über 12 %, gebessert 68 %, 19 % waren unverändert und nur ein einziger Kranker ist gestorben und zwar an Grippe, was man durchaus nicht dem Lager zuschreiben kann. Ich bedaure die hässlichen Szenen, die ja mit diesem Punkt der Tagesordnung eigentlich gar nichts zu tun haben. In Sachen der Volksgesundheit darf es keine Politik geben, sondern nur Liebe zu den Kranken und Unglücklichen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Referent BGM. Reumann zum Schlusswort: Ich bedaure, dass die Debatte über diesen bedeutsamen Gegenstand auf einem solchen Niveau stand. Die Sache hätte eine andere Behandlung verdient. Was die Wohnungsfürsorge anbelangt, so wird sich ja noch Gelegenheit ergeben, hier zu sprechen. Ich stelle vor allem richtig, dass der Kaufpreis nicht 4 1/2 Millionen, sondern 2 1/2 Mill. beträgt. Ich gebe zu, dass Steinklamm nicht geradezu ein idealer Aufenthaltsort für Tuberkulose ist, aber Tatsache ist, dass wir dort prächtige Erfolge aufwiesen, insbesondere was die

Zunahme des Körpergewichtes betrifft. Auch hinsichtlich der Befreiung vom Fieber wurden gute Erfolge erzielt. Die Wohnungsfrage ~~MINNENIX~~ liegt uns, wie ich bereits eingangs erwähnt, schwer am Herzen, aber nicht mindere Sorge bereitet uns die Fürsorge für die Tuberkulosen, welche ja in den letzten Jahren eine verheerende Volkskrankheit geworden ist, deren schlimme Folgen zu bekämpfen, ist eine Aufgabe, die für die Gemeinde wichtig ist und es ist nur zu bedauern, dass wir nicht jene Summen in der Hinsicht aufwenden können, welche wir gerne zur Verfügung stellen würden. Ich bitte durch Zustimmung zu dem Antrag zu bekunden, dass sie seine Wichtigkeit voll und ganz würdigen.

Bei der Abstimmung wird der Referentenantrag einstimmig angenommen.

Ueber Antrag des StR. ~~Breuer~~ tritt die Gemeinde Wien dem Verschönerungsverein Deutsch-Altenburg als Stifterin mit einem einmaligen Beitrag von 100 K bei.

StR. Rudolf Müller (XVII.) berichtet über die Systemisierung von 18 Pflasterungsaufsicherstellen, die in die Gruppe VI der städtischen Angestellten mit dem Anfangsbedingen der ersten Stufe in der IX. Bezugsklasse einzureihen sind. Die Kosten belaufen sich jährlich auf 100.000 K.

GR. Suchansek wendet sich dagegen, dass in der letzten Sitzung bei diesem Gegenstande von der Schaffung von Sysekuren gesprochen werden ist; die Schaffung der Aufsicherstellen wird eben die Art und Weise wie gepflastert werden soll, in veränderte Bahnen lenken.

GR. Ellend betont, dass es notwendig sei, die Pflasterungsarbeiten rasch anzuschreiben und bemerkt, dass es notwendiger sei, die 100.000 K für die Schaffung von Arbeit für die ArbeiterInnen als für die Schaffung von Aufsicherstellen zu verwenden.

~~XXXX~~ Der Referent wendet sich in seinem Schlussworte gegen die Aeusserung wegen Schaffung von Sysekuren und weist diesbezüglich auf den Exelberg hin; er betont, dass die Pflasterergeliffen Arbeit verlangt hätten, und dass die 100.000 K in diesem Falle gut angewendet seien. Die Referentenanträge werden angenommen.

Nach einem Berichte des StR. ~~Kekrida~~ wird der Ankauf von Halbtiegeln und Ledergamaschen aus der Sachdemobilisierung um den Gesamtbetrag von rund 68.000 K genehmigt.

Als erste weibliche Referentin berichtet StR. Annie Seidel über die Ueberlassung von Räumen in städtischen Hause II., Kleise Spargasse 10 an den Verein für Kriegsbeschädigtenfürsorge. Der Antrag wird angenommen. H

Nach einem Berichte des StR. Dr. Winter wird die Mietung von Räumen im Hause, YM VI., Rahlgasse 1 für die Abteilung des Arbeitsnachweises in Gast- und Schankgewerbe genehmigt.

Hierauf werden verschiedenen Wahlen vorgenommen. Ueber Antrag des GR. Benbeck wird die Herstellung eines hölzernen Zubaus an dem Magazinshuppen im Gaswerk Leopoldau um 32.000 K beschlossen.

Bgm. Reumann teilt nun mit, dass in der nächsten Zeit bis anfangs September ausserordentliche Felle angenommen, keine Sitzungen des Gemeinderates stattfinden. Während dieser Zeit werden besonders dringliche Angelegenheiten, welche der Beschlussfassung des Gemeinderates unterliegen, ebenso wie in früheren Jahren vorbehaltlich der nachträglichen Genehmigung durch den Gemeinderat vom Stadtrate erledigt werden.

In der heutigen Sitzung war zum ersten Male ein weibliches Mitglied des Stadtrates Frau Seidel am Referententisch. Während dieses Referates erschien auf der Mittellgalerie Präsident dieses Referates erschien auf der Mittellgalerie Präsident Seitz samt Gemahlin, der von dem Unterstaatssekretär GR. Eldersch und von einer Reihe anderer Gemeindefunktionäre begrüsst wurde.